

Presseinformation

zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 23. Mai und 24. Mai 2018 in Brandenburg an der Havel

Erneuerbare Energien im ländlichen Raum Chancen nutzen – Herausforderungen meistern

Vortrag: Megatrends, Ziele und Strategien für die zweite Phase der Energiewende

Referent: Jan Hinrich Glahr, Sprecher des Bundesverbands Erneuerbare Energien e.V. Berlin
Brandenburg

Kurzfassung

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Pariser Klimaschutzabkommen und zu einem deutlich schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energie bekannt. Nun müssen rasch konkrete Maßnahmen folgen, um das Potenzial für Treibhausgaseinsparungen und für die Modernisierung unserer Energiewirtschaft auch zu nutzen. Erneuerbare Energien können wesentlich mehr zum Klimaschutz und zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen – und dies zu immer günstigeren Preisen. Die Große Koalition sollte alles daransetzen, um die Klimaziele schnell zu erfüllen und darf entsprechende Maßnahmen nicht auf die lange Bank schieben. Es ist daher richtig, wenn der Koalitionsvertrag hervorhebt, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich gesteigert werden soll. Die Erneuerbaren-Branche wird die Koalition daran messen, ob sie dieses Versprechen sektorenübergreifend umsetzt. Die vorgesehenen Sonderausschreibungen für Wind Onshore und Photovoltaikanlagen sind erste Anzeichen dafür, dass die Politik den Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigen wird. In den Folgejahren wird der Anteil der Erneuerbaren Energien stetig erhöht. Damit übernimmt die Branche mehr und mehr Verantwortung für die Energieversorgung Deutschlands. Der Bund und auch das Land Brandenburg müssen die Erneuerbaren Energien in die Lage versetzen, dieser Rolle gerecht zu werden. Die Erneuerbaren Energien benötigen Rahmenbedingungen, die es ermöglichen voranzukommen. Hier braucht es einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen, um Planungssicherheit für die Wirtschaftsbranche Erneuerbare Energie zu schaffen und strategische Spekulationen am Markt zu verhindern.

Die Megatrends sind daher:

1. Ausbau beschleunigen: Energiepolitik an den Klimaschutzzielen von Paris ausrichten
2. Verbindlicher Kohleausstieg: klarer Fahrplan für die Reduktion fossiler Energieträger

3. CO₂-Steuer im Strom- und Wärmesektor einführen: aufkommensneutral faire Wettbewerbsbedingungen schaffen
4. Bürgerinnen und Bürger entlasten: Industrieprivilegien aus dem Bundeshaushalt finanzieren und EEG-Umlage senken
5. Sektorenkopplung ermöglichen und Speicher fördern: bürokratische Hindernisse aus dem Weg räumen und ökonomische Anreize schaffen
6. Netze und Netzbetrieb auf die Zukunft ausrichten: Netzmonitoring und Lastprognosen verbessern und damit vorhandene Leitungen für die Regionen klüger nutzen
7. Mobilitätswende verwirklichen: Den Mobilitätssektor konsequent auf die Nutzung Erneuerbarer Energien ausrichten und Neufahrzeuge ab 2030 nur noch CO₂-frei oder CO₂-neutral zulassen